

Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Stopp der Diskriminierung in Betrieben, die von der Stadt gefördert werden und mit denen ein Leistungsvertrag besteht!

Es ist bekannt, dass aktive SVP-Politiker aus politischen Gründen ein Hausverbot erhalten haben. Der Gemeinderat und der Stadtrat tolerieren dies allerdings und lehnten Anträge und Vorstösse, die einen diskriminierungsfreien Zugang in diese Betriebe fordern leider klar ab. Nunmehr werden aber auch z.B. Künstlern, die Rastalocken tragen und nicht jamaikanischer Abstammung sind, die Auftritte wegen kultureller Aneignung verwehrt.

Der Gemeinderat wird deshalb aufgefordert die folgenden Massnahmen zu planen und zu realisieren:

1. Der Gemeinderat habe sofort das Nötige zu veranlassen, dass diese Diskriminierung aus politischen Gründen und Woke-Gründen aufhören.
2. Leistungsverträge mit Betrieben, die aus politischen Gründen diskriminieren oder die sog. Woke-Kultur zwangsweise durchsetzen wollen, werden auf den frühestmöglichen Zeitpunkt, vorzugsweise vorzeitig (aus wichtigen Gründen) gekündigt.
3. Der Gemeinderat habe ein Konzept zu erstellen, das sicherstellt, dass Diskriminierungen aus politischen und Woke-Gründen aufhören.
4. Die Zusammenarbeit mit Betrieben, die aus politischen Gründen diskriminieren oder die sog. Woke-Kultur zwangsweise durchsetzen wollen, wird sofort beendet und auf Empfehlungen wird verzichtet.

Begründung der Dringlichkeit

Die Stadt muss sofort handeln. Angesichts der Dringlichkeit und der immer stärker werdenden Diskriminierungen muss gehandelt werden. Auch aus Gründen der Vermeidung wachsenden Schadens müssen rasch die nötigen juristischen Schritte eingeleitet werden.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 24. November 2022

Erstunterzeichnende: Alexander Feuz

Mitunterzeichnende: -